

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **IT-Sicherheit durch Aus-, Fort- und Weiterbildung gewährleisten – Ein Cyber-Führerschein für die Berliner Verwaltung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Sensibilisierung aller Beschäftigten der Berliner Behörden hinsichtlich möglicher Cyber-Gefahren, der Informationssicherheit und des persönlichen Datenschutzes künftig nicht weiter als papierbasierte IT-Sicherheitsbelehrung durchzuführen, sondern als webgestützte Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Beschäftigten der Berliner Behörden zu realisieren (Cyber-Führerschein).

Dieses neu aufzulegende obligatorische Sensibilisierungs- und Schulungsprogramm soll zur Erhöhung der allgemeinen Informationssicherheitskompetenz beitragen und unterschiedliche Module enthalten. Während sich ein Basis-Modul an alle Beschäftigten richten soll und kurzfristig einsatzbereit sein muss, sollen darüber hinaus zwei weitere Module für Fachkräfte und Spezialisten entwickelt werden, die höhere Anforderungen enthalten: Ein „advanced“-Modul soll sich an IT-Fachpersonal richten und ein erweitertes Cyber-Verständnis abrufen. Ein „professional“-Modul soll ausschließlich für IT-Spezialisten der Berliner Behörden vorgehalten werden und den Nachweis umfassenden Wissens erbringen. Dieses Modul soll mit einer zertifizierten Prüfung abzuschließen sein.

Der Senat wird um Bericht zum 30. November 2017 gebeten.

#### ***Begründung:***

Mithilfe eines Cyber-Führerscheins stellt der Senat sicher, dass die Sensibilisierung für Missbräuche und Risiken der Digitalisierung hohen Qualitätsstandards folgt. Studien zeigen, dass durch regelmäßige Schulungen im Bereich der Informationssicherheit und des persönlichen

Datenschutzes einem Großteil von Cyber-Angriffen und Cyber-Attacken präventiv und erfolgreich begegnet werden kann.

Datenschutz und Informationssicherheit kann zudem in den Berliner Behörden nur dann erfolgreich und effizient verwirklicht werden, wenn alle Beschäftigten regelmäßig erkennen und akzeptieren, dass sie ein bedeutender und notwendiger Faktor für den Erfolg der Behördenarbeit sind und wenn sie bereit sind, Sicherheitsmaßnahmen wirkungsvoll zu unterstützen. Hierfür müssen eine zeitgemäße Sicherheitskultur und ein Sicherheitsbewusstsein (Awareness) aufgebaut und gepflegt werden. Die Beschäftigten müssen für relevante Gefährdungen sensibilisiert werden und wissen, wie sich diese auf alle Lebensbereiche auswirken können. Denn je mehr sie sich damit auskennen, desto eher akzeptieren sie entsprechende Sicherheitsmaßnahmen. Sie müssen auch über die erforderlichen Kenntnisse verfügen, um Maßnahmen richtig verstehen und anwenden zu können. Insbesondere muss ihnen bekannt sein, was von ihnen im Hinblick auf Informationssicherheit erwartet wird und wie sie in sicherheitskritischen Situationen reagieren sollten.

Aus diesem Grund sind Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen bürokratiearm als selbstverständlicher Teil der Arbeitsorganisation und -umgebung zu akzeptieren. Um eine hinreichende Sensibilisierung der Beschäftigten der Berliner Behörden zu erreichen, müssen sie unmittelbar über den eigenen Arbeitsplatzrechner online vermittelt werden. Nur so ist gewährleistet, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der IT-Sicherheitsbelehrung beschäftigen und auseinandersetzen, damit sie in ihrem täglichen Arbeitsumfeld Anwendung findet. Die bestehenden Formen der papierbasierten IT-Sicherheitsbelehrung sind folgerichtig abzulösen, da sie zurzeit einer rechtlichen Belehrung über die Folgen der Nichteinhaltung gleichen, während ein Cyber-Führerschein die Beschäftigten aktiv auf die tägliche Anwendung vorbereitet.

Berlin, den 13. Juni 2017

Czaja, Schlömer  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin